

Abo 2016
 Die SVP und
 den Klartext unterstützen!
 Einzahlungsschein liegt bei.

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Chaos immer grösser!



AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 55 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - März 2016

Asylgesetz

4-5

NEIN zur Willkommenskultur à la Merkel!

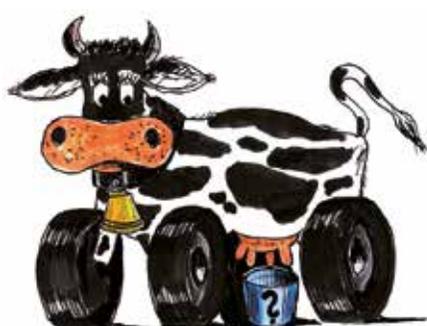
**NEIN zu
 GRATIS-ANWÄLTEN
 für ALLE
 ASYLBEWERBER!**



Milchkuh-Initiative

11

Ja zu einer fairen Verkehrsfinanzierung!



Schweiz - EU

12-13

Hätte BREXIT Auswirkungen auf das Verhältnis Schweiz - EU?



Die SVP in den Schweizer Medien im März



Tages-Anzeiger

Front Zürich Schweiz International Wirtschaft Börse Sport Kultur Leben

Blitzredien

Breite Kritik an Schutzklausel - SVP droht mit Initiative

Die SVP ist enttäuscht vom Bundesrat. Klare Vorstellungen zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative würden immer noch fehlen.



Im Kampf gegen die Zuwanderung: SVP-Präsident Toni Brunner mit SVP-Nationalrätin Celine Amundruz und SVP-Nationalrat Roger Köppel, von rechts. (15. Januar 2016)

Neue Zürcher Zeitung

Menu - Startseite Meinung International Wirtschaft Finanzen Schweiz Feuilleton

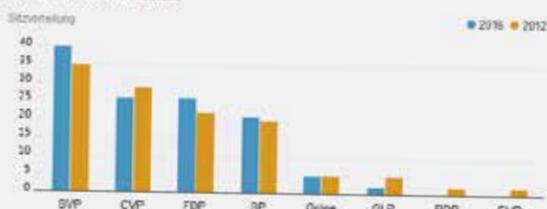
Parlamentswahlen Kanton St.Gallen

Absolute Mehrheit für SVP und FDP

Die Wahlen in den sankt-gallischen Kantonsrat haben den erwarteten Rechtsrutsch gebracht. SVP und FDP legen markant zu. Verlierer sind die Kleinparteien: BDP und EVP fallen aus dem Parlament.

von Jörg Krummenacher, St. Gallen 29.2.2016, 19:35 Uhr

Kantonsrat St.Gallen



Achtung! Beschlagnahmung.

Bundesrätin Sommaruga hat kürzlich zusammen mit dem Bundesrat beschlossen, dass Bund und Kantone Zivilschutzanlagen der Gemeinden zur «Bewältigung von Notlagen im Asylbereich» requirieren können. Da der Begriff Requirieren in meinem Vokabular kaum existiert, habe ich mich schlau gemacht, was denn das genau heissen könnte.

Requirieren heisst beschlagnahmen. Womit klar wird; sollten wir von einer Völkerwanderung mit tausenden, ja zehntausenden Menschen in wenigen Tagen heimgesucht werden, will der Bund den Gemeinden die Zivilschutzanlagen wegnehmen (beschlagnahmen). Statt die Grenzen gegenüber illegalen Grenzübertritten zu schützen und Grenzkontrollen mit Hilfe der Armee aufzuziehen, soll also lediglich die Verteilung von allen Neuankömmlingen sichergestellt werden.

Der nächste Schritt folgt dann am 5. Juni. Die dann zur Abstimmung gelangende Asylgesetzrevision gibt dem Bund die Möglichkeit, Grundstücke von Privatpersonen und Gemeinden für den Erwerb und den Bau von Bundeszentren nötigenfalls zu enteignen. So massive Eingriffe in die Eigentumsrechte, nur weil die zuständigen Behörden ihre Aufgaben im Vollzug und bei der Abschiebung abgewiesener Asylsuchender nicht mehr erfüllen, lehnen wir von der SVP entschieden ab.

Die Schweiz kennt sonst solche Enteignungsrechte nur für übergeordnete nationale Interessen wie zum Beispiel bei militärischen Bauten, die der Sicherheit des Landes dienen. Es kann und darf nicht sein, dass Schweizer Bürger und Gemeinden zwangsweise Grund und Boden hergeben müssen und dass die Gemeinden und ihre Bürger im Asylwesen immer weniger zu sagen haben.

Es ist bedenklich, dass die SVP einmal mehr die einzige Partei ist, die sich gegen die Enteignung der Gemeinden und unserer Bevölkerung wehren. Rüsten wir uns für ein glasklares Nein zur neuen Asylgesetzrevision!

Nationalrat Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz

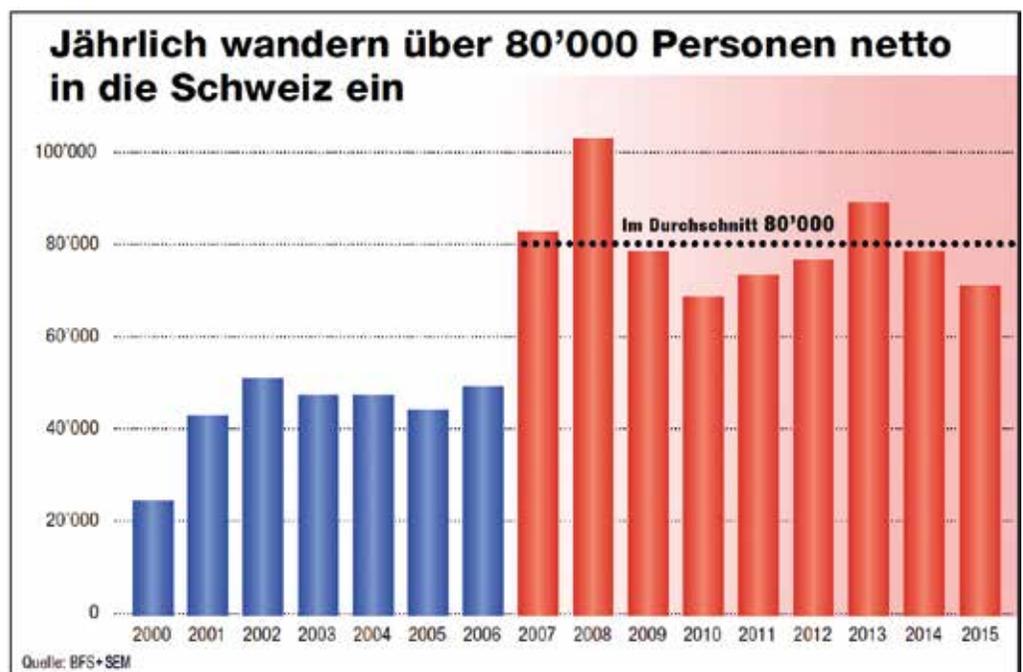
Masslose Zuwanderung endlich begrenzen

Im vergangenen Jahr sind netto erneut 71'495 Personen, also die Grössenordnung eines Kantons Jura, in die Schweiz eingewandert. Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit 2007 sind es mehr als 725'000. Doch der Bundesrat sträubt sich weiterhin gegen eine wirksame Begrenzung der masslosen Zuwanderung, die Volk und Stände vor zwei Jahren an der Urne beschlossen haben.

Der Bundesrat präsentierte vor kurzem endlich seine Vorstellungen, wie er den von Volk und Ständen am 9. Februar 2014 beschlossenen Verfassungsartikel zur eigenständigen Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung umsetzen möchte. Er blieb dabei weiterhin nebulös. Eine einvernehmliche Lösung mit der EU sei das Ziel und sonst allenfalls eine einseitige Schutzklausel. Wie diese aussehen und wirken soll, bleibt indes weiterhin ein Phantom. Die Reaktionen auf die Vorschläge des Bundesrates zeigen zudem, dass niemand ausser der SVP daran denkt, den Verfassungsauftrag zu respektieren und umzusetzen. Vielmehr soll die Personenfreizügigkeit mit allerlei Kniffen oder einer neuen Volksabstimmung zementiert werden.

Verfassungsauftrag ist klar

Für die SVP ist zentral, dass die masslose Zuwanderung rasch und deutlich gesenkt wird. Genau dies war der Volkswille, der anlässlich der Abstimmung über die Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ zum Ausdruck kam. Die Instrumente dazu, insbesondere Kontingente und ein Inländervorrang, wurden in die Verfassung geschrieben. Bundesrat und Parlament müssen nichts anderes tun, als sich an diese Vorgaben halten. Dabei können sie sich an den bewährten Elementen jenes Systems orientieren, das die Schweiz bei der Einwanderung vor der Einführung der Personenfreizügigkeit angewendet hat und das in den Grundzügen noch heute für Zuwanderer aus den



Für die SVP ist zentral, dass die masslose Zuwanderung rasch und deutlich gesenkt wird. Genau dies war der Volkswille, der anlässlich der Abstimmung über die Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ zum Ausdruck kam.

Staaten ausserhalb der EU gilt. Das Konzept der SVP, das sie im Mai 2014 präsentiert hat, baut ebenfalls darauf auf. Die SVP wird diesen Weg auch im Parlament konsequent verfolgen.

Keine Schlaumeiereien

Für die SVP ist es unverständlich und nicht akzeptabel, dass der Bundesrat die von ihm vorgeschlagene Idee einer Schutzklausel in seinem Vorschlag für die Umsetzungsgesetzgebung nicht weiter vertieft und konkretisiert. Damit nährt er unweigerlich den Verdacht, den Schwellenwert für die Schutzklausel so hoch ansetzen zu wollen, dass die masslose Zuwanderung nicht gebremst wird. Hier braucht es dringend eine Klärung,

soll dieses Konzept im Parlament eine Chance haben.

Das Ziel einer raschen Senkung der Zuwanderung darf jetzt nicht aus den Augen verloren werden. Eine Massenzuwanderung in der jährlich wiederkehrenden Grössenordnung der Bevölkerung der Stadt St. Gallen führt ungebremst zu einer 10-Millionen-Schweiz und treibt unser Land über kurz oder lang in den Ruin.

von Nationalrat
und Fraktionspräsident
Adrian Amstutz,
Sigriswil (BE)



4 Nein zur Änderung des Asylgesetzes

NEIN zur Willkommenskultur à la Merkel

Wenn die SVP am 5. Juni 2016 gegen die Revision des Asylgesetzes antritt, wird man ihr vorwerfen, sie blockiere damit schnellere Asylverfahren. Doch was nützen schnellere Verfahren, wenn die abgewiesenen Gesuchsteller nicht konsequent in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden? So wird doch nur schneller Platz geschaffen für noch mehr unechte Asylbewerber. Die Asylgesetzrevision ist schlicht von der Realität überrollt worden.

Das Departement von Bundesrätin Sommaruga verspricht Volk und Ständen bei Asylgesetzrevisionen erfahrungsgemäss viel, setzt die Volksentscheide dann aber nicht konsequent um. Am 9. Juni 2013 stimmten sagenhafte 78% der Schweizerinnen und Schweizer JA zu „Verschärfungen“ im Asylbereich. Viele dieser „Verschärfungen“ wurden nie umgesetzt. Beispiele:

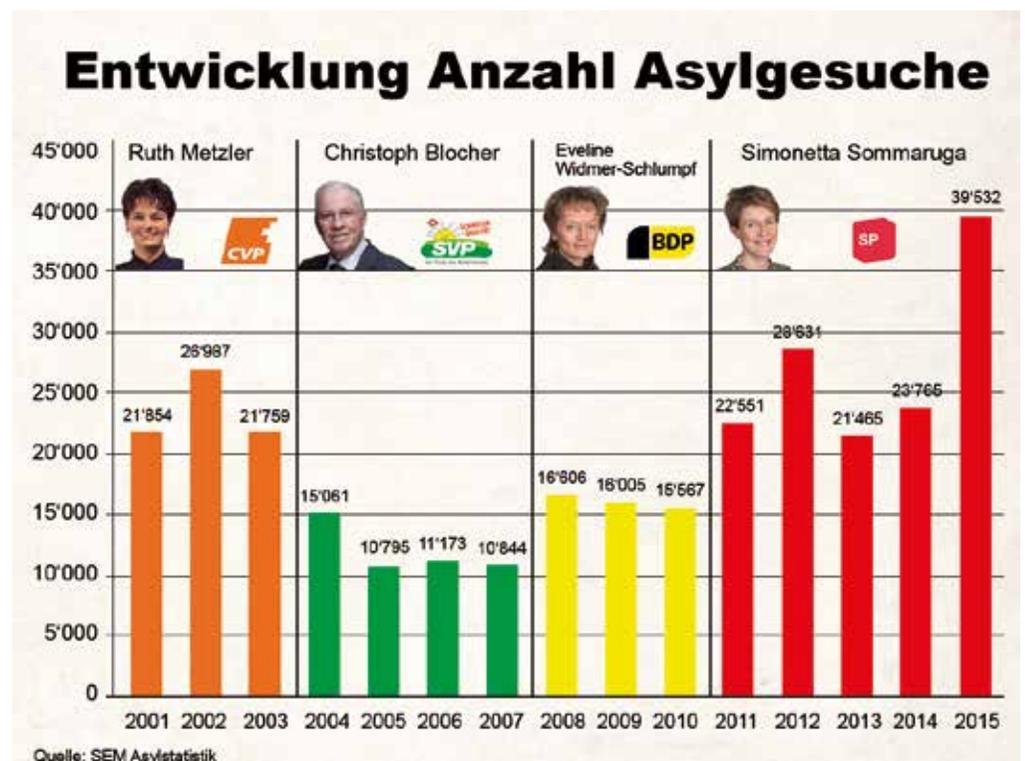
Wehrdienstverweigerung ist keine Flüchtlings-eigenschaft mehr

Dazu hat das Volk 2013 Ja gesagt. Was ist seither passiert? Nichts. Die Schweiz wird immer attraktiver für Asylbewerber aus Eritrea. Die Zahl der Asylgesuche aus Eritrea ist seit 2013 von 2'563 auf aktuell 9'966 gestiegen.

Renitente Asylbewerber werden in besonderen Zentren untergebracht
Auch dazu hat das Volk 2013 bereits Ja gesagt. Trotzdem gibt es noch kein einziges Zentrum für renitente Asylbewerber. Bundesrätin Sommaruga bringt die Idee in der neuen Asylgesetzrevision wieder.

Willkommenskultur, statt konsequenter Vollzug

Die Asylgesetzrevision will die bisherige Willkommenskultur noch ausbauen statt begrenzen. Sie hat letztendlich zum Ziel, möglichst viele illegale Einwanderer, Wirtschafts- und Sozialmigranten in unserem Land aufzunehmen, egal ob sie an Leib und Leben bedroht sind oder nicht. Damit



Führung beim Vollzug fehlt. Der Asylbereich läuft erneut aus dem Ruder. Die Asylgesuche und damit die entsprechenden Kosten sind wieder dramatisch angestiegen.

gefährdet sie die humanitäre Tradition der Schweiz. Um das Ziel zu erreichen, schrecken die Verantwortlichen mit dem neuen Konzept auch vor Halbwahrheiten nicht zurück.

Die Unterbringungslücke

Die 5'000 Betten in den geplanten, neuen Bundeszentren reichen bei 3'600 Asylgesuchen monatlich gerade mal fünf bis sechs Wochen. Danach wird man die Asylbewerber für den Rest des Verfahrens aus den chronisch überfüllten Bundeszentren an die Kantone weiterreichen. Den

Kantonen und Gemeinden wird von Seiten des Staatssekretariats für Migration glaubhaft gemacht, sie könnten ihre „Unterbringungs-kapazitäten massiv reduzieren“. Sie müssten in Zukunft noch rund 10'000 Plätze bereitstellen. Dieses Versprechen ist angesichts der Realität Augenwischerei. Die Rechnung ist bei 39'523 Asylgesuchen (Jahr 2015) schnell gemacht: Müssten die Kantone und Gemeinden künftig wie vorgesehen nur noch 10'000 davon übernehmen, hätte sich der Bund um 29'523 zu kümmern (inkl. Abgänge und Rück-

fürungen). Wie soll das mit 5'000 Betten gehen?

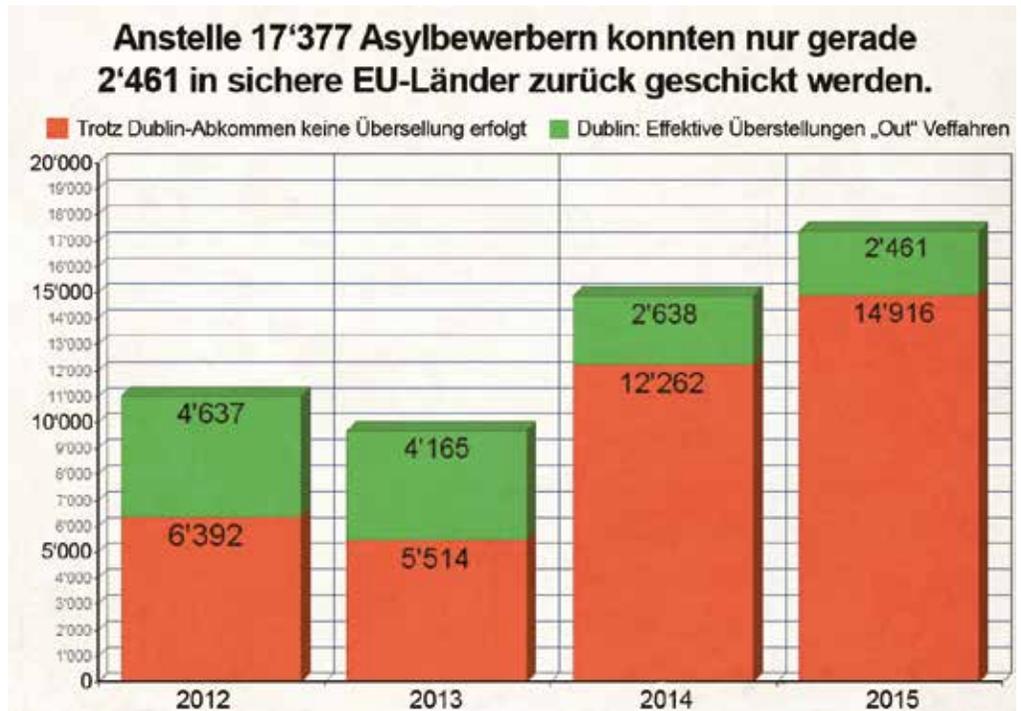
Die „Dublin-Lüge“

Bereits viele europäische Staaten haben die Anwendung des Dublin-Abkommens suspendiert. Demgegenüber glaubt die Schweiz nach wie vor an dieses wirkungslose Verteilkonzept. 40 Prozent aller Asylbewerber will das Staatssekretariat für Migration mit dem revidierten Asylgesetz im Rahmen des „Dublin-Abkommens“ in den ersten Wochen nach Ankunft bereits an das zuständige EU-Land der ersten Registrierung überstellen.

Das „Dublin-Abkommen“ ist toter Buchstabe, wie die Zahlen deutlich zeigen. Im Jahr 2015 konnte die Schweiz von 17'377 mutmasslichen „Dublin-Fällen“ nur 2'461 Personen effektiv an die Länder ihrer ersten Registrierung überstellen. Als Folge des Dublin-Abkommens musste die Schweiz 2015 noch 558 Personen von anderen Dublin-Staaten übernehmen. Anstatt 40 Prozent aller Asylbewerber können heute in Wahrheit nur gerade knapp 6 Prozent an «Dublin-Staaten» überstellt werden, Tendenz rückläufig. Die Asylgesetzrevision wird alleine schon wegen diesen falschen Annahmen nicht funktionieren.

Falsches Signal zum falschen Zeitpunkt

Möglichst viele Migranten sollen mit dieser Asylgesetzrevision in gut ausgerüsteten Bundeszentren empfangen, rundum betreut, umfassend **medizinisch versorgt** und mit einer **kostenlosen Rechtsvertretung und Beratung** (Gratisanwalt) ausgestattet werden. Ein Grossteil dieser Menschen wird in der Schweiz bleiben, obwohl sie in ihrer Heimat nicht an Leib und Leben bedroht sind. Nicht einmal 9'000 Personen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde,



Anstatt 40 Prozent aller Asylbewerber können heute in Wahrheit nur gerade knapp 6 Prozent an «Dublin-Staaten» überstellt werden, Tendenz rückläufig.

haben die Schweiz vergangenes Jahr kontrolliert verlassen. Im Verhältnis zur Zahl der neuen Asylgesuche sind dies gerade einmal 23 Prozent.

«Die Asylgesetzrevision will die bisherige Willkommenskultur noch ausbauen statt begrenzen. Sie hat letztendlich zum Ziel, möglichst viele illegale Einwanderer, Wirtschafts- und Sozialmigranten in unserem Land aufzunehmen, egal ob sie an Leib und Leben bedroht sind oder nicht.»

Eine allfällige Beschleunigung der Verfahren bringt also dem Grossteil der Asylbewerber Gewissheit, hier bleiben zu können – und zwar noch schneller als bisher. Das Ziel der Gesetzesrevision verkehrt damit ins Gegenteil. Die Attraktivität der

Schweiz für Schlepper und illegale Migranten steigt durch die Revision des Asylgesetzes weiter an, während andere Staaten ihre Attraktivität konsequent senken. Die Revision setzt ein völlig falsches Signal zum falschen Zeitpunkt.

Wenn wir die Revision des Asylgesetzes ablehnen, sagen wir gleichzeitig Ja zum geltenden Asylgesetz. Denn dieses wäre gar nicht schlecht. Doch es mangelt schlicht und einfach am Vollzug. Es fehlt an Organisation und Führung im schweizerischen Flüchtlingswesen. Dort muss der Hebel angesetzt werden. Ein neues Gesetz braucht es dazu nicht.

von Nationalrat
Heinz Brand,
Klosters (GR)



Erneute Wahlerfolge für die SVP!

Die SVP verlor am 28. Februar zwar die eidgenössische Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative, nichts desto trotz gewann sie jedoch bei den verschiedenen Kantons- und Gemeindewahlen weitere Wählerstimmen und Sitze hinzu.

Kantonale Wahlen



St. Gallen

Überragender Sieg der SVP

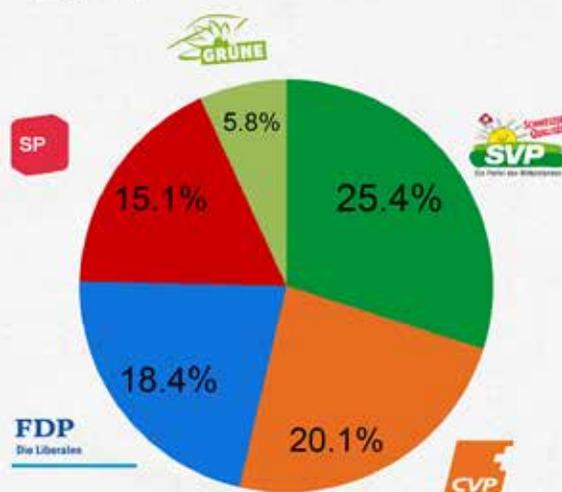
In St. Gallen konnte die SVP bei den Kantonsratswahlen ihren Wähleranteil auf satte 29.6% erhöhen und verfügt nun im Kantonsrat über 40 Sitze, was 5 Sitze mehr sind als noch in der letzten Legislaturperiode.

Sitzverteilung Kantonsrat Kanton St. Gallen

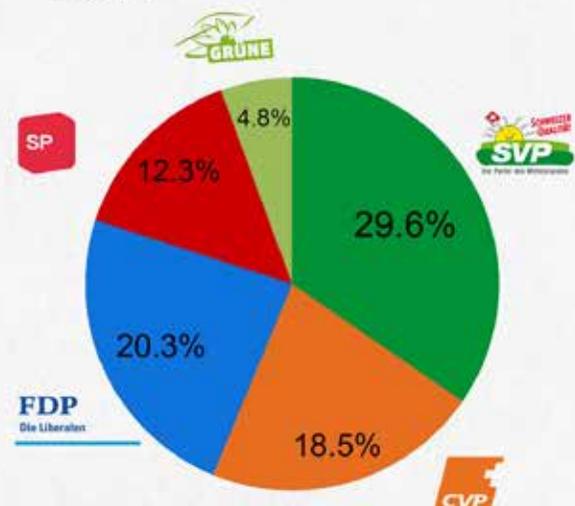
Partei	Sitze 2012	Sitze 2016	Vergleich
SVP	35	40	2012: 35 2016: 40 +5
CVP	29	26	2012: 29 2016: 26 -3
FDP Die Liberalen	22	26	2012: 22 2016: 26 +4
SP	20	20	2012: 20 2016: 20 -
GRÜNE	5	5	2012: 5 2016: 5 -
grünliberale	5	2	2012: 5 2016: 2 -3
EVP Evangelische Volkspartei	2	0	2012: 2 2016: 0 -2
BDP	2	0	2012: 2 2016: 0 -2
Übrige	1	0	2012: 1 2016: 0 -1

Entwicklung Parteistärke Kanton St. Gallen

2012



2016



Kantonale Wahlen

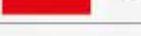


Uri

Weitere Zugewinne der SVP in der Innerschweiz

Im Kanton Uri wurde sowohl der Landrat als auch der Regierungsrat neu gewählt. Im Landrat gelang es der SVP ihre Sitze zu verteidigen, wobei noch die Wahl des Landrates der Gemeinde Bauen aussteht, wo es der SVP aller Voraussicht nach gelingen wird, noch einen Sitz zu gewinnen. Somit hätte die SVP neu 15 (+ 1) von 64 Sitzen im Landrat inne.

Sitzverteilung neu Landrat Kanton Uri

Partei	Sitze 2012	Sitze 2016	Vergleich
 SVP Schweizer Qualität	14	15*	2012  2016  +1
 CVP	23	22	2012  2016  -1
 FDP Die Liberalen	16	18	2012  2016  +2
 SP  GRÜNE	11	9	2012  2016  -2

* In der Gemeinde Bauen finden die Wahlen erst noch statt.

Regierungswahlen

In den Kantonen St. Gallen, Uri, Bern und Nidwalden fanden zudem noch Regierungswahlen bzw. Ersatzwahlen statt.



Im Kanton **St. Gallen** konnte die SVP ihren bisherigen Regierungsratssitz erfolgreich verteidigen. Der Versuch einen zweiten zu erobern scheiterte. Im zweiten Wahlgang tritt die SVP mit einer neuen Kandidatin an: **Esther Friedli**.



In den Kantonen **Bern, Uri** und **Nidwalden** scheiterten die Versuche die Präsenz der SVP in den Regierungsräten zu verstärken.

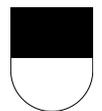


In Bern tritt die SVP mit **Pierre-Alain Schnegg** und in Uri mit **Petra Simmen** zum zweiten Wahlgang an. Im Kanton Nidwalden verzichtet man auf eine Teilnahme am zweiten Wahlgang.

Gemeindewahlen



Auch bei den Gemeindewahlen im Kanton **Basel-Landschaft** konnte die SVP weiter zulegen. So konnte sie in den Einwohnerräten der fünf grossen Gemeinden Allschwil, Binningen, Liestal, Pratteln und Reinach insgesamt 7 Sitze dazu gewinnen.



Auch im Kanton **Freiburg** konnte die SVP bei den Gemeindewahlen zulegen. Die SVP ist nun mit Ausnahme der Stadt Freiburg in sämtlichen kommunal Exekutiven vertreten. Darüber hinaus schafften über 130 SVP-Vertreter die Wahl in die Gemeindeparlamente.



Im Kanton **Waadt** fanden ebenfalls am 28. Februar Gemeinderatswahlen statt. Die SVP konnte 347 Mandate auf kommunaler Ebene erzielen, was einem Zuwachs von 78 Mandaten gegenüber dem Jahr 2011 ergibt. So konnte die SVP ihren Wähleranteil im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen um 4,2% steigern.

Wähleranteile der SVP in den Gemeinden des Kanton Waadt



Terrorbekämpfung oder Entwaffnung der Schweiz?

Vor der „Schengen-Abstimmung“ hiess es, das Schützenwesen und die Schweizer Armee seien davon nicht betroffen. Wenige Jahre später musste die Schweiz den Waffenerwerbsschein einführen und die Armee-Taschenmunition einsammeln. Nun soll nicht einmal mehr das Sturmgewehr zu Hause aufbewahrt werden dürfen. Zwar haben sich die EU-Innenminister in einer ersten Verhandlungsrunde mehrheitlich gegen die Pläne der EU-Kommission ausgesprochen, doch entschieden wird erst im Juni.

von Nationalrat Werner Salzmann, Mülchi (BE)

Unter dem Titel „Terror-Bekämpfung“ schlägt die EU-Kommission vor, die Waffenrichtlinie 91/477/EWG zu verschärfen. Der Waffenbesitz soll massiv eingeschränkt werden. So sollen für den Waffenbesitz künftig ein Bedürfnisnachweis und ein medizinisches Gutachten nötig sein. Die Waffenlizenz müsste alle 5 Jahre erneuert werden und künftig wäre es kaum mehr möglich, die Ordonanzwaffe mit nach Hause zu nehmen.

Der Schengen-Entwicklung ausgeliefert

Mit dem Ja des Stimmvolkes am 5. Juni 2005 zur Assoziierung an Schengen und Dublin erhoffte man sich eine bessere Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit und im Asylwesen. Gut 10 Jahre später fällt die Bilanz ernüchternd aus. Die Schengen-Aussengrenze ist löchrig und die Flut von Scheinflüchtlern kaum mehr zu bewältigen.

Die Probleme an der Schengen-Aussengrenze haben die Terrorgefahr anwachsen lassen. Da die EU aber nicht weiss, wie sie das Problem an der Grenze lösen soll, versucht sie es mit Scheinmassnahmen wie der Waffenrechtsverschärfung und trifft damit die Schweiz, weil diese als assoziiertes Schengenmitglied die so genannten Weiterentwicklungen des Rechts zwingend übernehmen muss.

Wirkungslos gegen Terror

In der Arena-Sendung zum neuen EU-Waffenrecht erklärte Oberst Fabian Ochsner klar: Der Terrorismus findet immer einen Weg, und viel gefährlicher als Gewehre sind Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen. Die Vorschläge der EU-Kommission sind gegen den Terror also wirkungslos. Sie treffen aber unser Land mitten ins Herz.

Es geht heute nicht mehr darum, sich mit dem Sturmgewehr bis zum Waffenplatz durchzukämpfen. Es geht um das Milizprinzip und unser Staatsverständnis: In unserem Land gibt es keine Aufteilung zwischen Politik, Armee und Zivilgesellschaft. Jeder leistet nach seinen Fähigkeiten verantwortungsvoll seinen Beitrag für unser aller Freiheit.

Deshalb setzt das Waffenrecht auf die Eigenverantwortung der Bürger. Verantwortung und Freiheit gehören zusammen. Das dürfen wir uns von der EU nicht nehmen lassen.

Gut haben die Vorschläge der EU-Kommission nicht nur in der Schweiz für Unmut gesorgt, sondern auch in der EU. So haben sich in einer ersten Verhandlungsrunde vor allem die baltischen und nordischen Staaten negativ geäussert, weil diese ihre Schützen- und Jägertradition gefährdet sahen. Das vorliegende Beispiel zeigt aber, dass Schweizerinnen und Schweizer niemals dem sog. EU-Rahmenabkommen zur zwingenden Übernahme von EU-Recht zustimmen dürfen. Unsere Traditionen inklusive die direkte Demokratie wären damit mehr als nur gefährdet.



Werner Salzmann (links) ist Präsident des Berner Schiesssportverbands und Mitglied der technischen Kommission im Schweizer Schiesssportverband.

Stopp der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten

Sie werden angepöbelt, mit Steinen beworfen, müssen mit Angriffen durch Laserpointer rechnen und sich vor Petarden schützen: Polizistinnen und Polizisten sind vermehrt gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Diese Entwicklung ist bedenklich und zu verurteilen. Politik und Justiz haben Handlungsbedarf.

Schweizweit werden jährlich rund 3000 Polizistinnen und Polizisten bedroht, beschimpft oder tätlich angegriffen. Die Zahl hat sich in den vergangenen 15 Jahren verdreifacht. Die Zahl der Polizisten, die im Dienst verletzt werden, steigt stetig. Und: Das Problem manifestiert sich nicht nur in grösseren Städten. Körperliche Attacken gegen Polizeikräfte nehmen auch in Agglomerationsgemeinden und auf dem Lande zu.

Ursachen der Gewalt

Die Ursachen für die steigende Gewalt sind vielfältig. Die Individualisierung, die „Konsum- und Spassgesellschaft“ sowie die Erwartung, auch im öffentlich Raum alles tun und lassen zu können, drängen traditionelle Werte und Regeln mehr und mehr zurück. Die generelle Zunahme der Respektlosigkeit in allen gesellschaftlichen Schichten sowie die Gewaltbereitschaft bekommen Polizistinnen und Polizisten bei ihrer täglichen Arbeit zu spüren. Vergehen wie Drohungen, Ohrfeigen, Stösse oder Spuckattacken sind für die Betroffenen zermürbend. Kommt hinzu, dass auch die Intensität der Gewalt zunimmt. Immer mehr Polizistinnen und Polizisten werden teils schwer verletzt und erleiden bleibende gesundheitliche Schäden.

Bedenkliche Entwicklung

Angriffe gegen Polizistinnen und Polizisten sind immer auch Angriffe gegen den Staat und die Zivilgesellschaft. Die Polizei sorgt mit präventiven und repressiven Massnahmen sowie durch sichtbare Präsenz für die öffentliche



Polizistinnen und Polizisten werden bei ihrer Arbeit immer häufiger Opfer von Gewalt.

Sicherheit und Ordnung. Mit unermüdlichem Einsatz, hoher Kompetenz und Effizienz erfüllt sie diesen Auftrag für unser aller Sicherheit - täglich, rund um die Uhr, mit grossem Erfolg.

Strafrecht konsequent durchsetzen

Was ist zu tun? Wir alle sind im Alltag aufgerufen, Anstand, gegenseitigen Respekt und Anerkennung zu pflegen. Weiter besteht erheblicher Handlungsbedarf seitens der Politik und der Justiz. Bei Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ist das Strafrecht mit aller Härte durchzusetzen. Der gegebene Strafrahmen ist konsequent auszunutzen. Ferner sind wieder kurze unbe-

dingte Freiheitsstrafen auszusprechen, die Mindeststrafe zu erhöhen und eine Verdoppelung des Strafmasses bei Rückfällen bei Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte vorzusehen. Ein Opfer von Gewalt zu werden ist und darf auch bei der Polizei kein Berufsrisiko sein.



*von Kantonsrat Marcel Schenker,
Präsident Verband Kantonspolizei
Thurgau, Frauenfeld (TG)*

GOAL GLOSSAR

Rhetorik

Reden ist keine Kunst! So zu reden, dass man verstanden wird, aber schon! Dazu muss man wissen, was man sagen will und wie man es sagen muss. Wir helfen Ihnen mit praxisnahen Rhetorikkursen und Übungen vor der Kamera!

Rhetorik

<griech.> rhētorikē (die Redekunst)

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg



Sicher aufgehoben und lokal betreut.

Webhosting – 100% made in Switzerland

Mit dem **Promotionscode: SVP-NOW-25P** profitieren Sie von 25% Rabatt auf Webhostings und Domainnamen.

www.green.ch/hosting

0844 842 842
Hotline Montag–Freitag, 8–17.30 Uhr



*Der Rabatt gilt auf Neubestellungen und ist nicht mit anderen Angeboten kumulierbar. Gültig bis 30.6.2016

green.ch
Internet made in Switzerland



KALKBEHANDLUNG OHNE CHEMIE
DAMIT WASSER - WASSER BLEIBT

Sirox Cleantech GmbH Vorderdorfstr. 48
8112 Otelfingen 044 844 60 92
www.sirox.ch info@sirox.ch

brother OKI
Drucker und Multifunktions-Geräte
farbig und s/w - A4 und A3 - 1 bis Schubladen

für SVP-Mitglieder:

1. tiefster Preis der Schweiz (Abholpreis des günstigsten Internet-Anbieters)
2. aktive, objektive Beratung
2. Spezialpreis für Installation + System-Integration
3. 1% vom Warenwert für Ihre SVP-Sektion

Angebot gilt für insgesamt 200 Geräte (solange Vorrat).
Riesen-Auswahl. Liste verlangen.

Einzige Bedingung:
Mindestens 3 Unterschriften
für die äusserst wichtige
Selbstbestimmungs-Initiative.



Weitere Auskünfte: 041 799 50 00

OCOTex AG



MEHR ALS EINE DRUCKEREI

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten
T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000
| Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.:
031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen:
Schweizer Parlament, wikipédia, SVP Schweiz.

Sicher vorwärts kommen - Ja zu einer fairen Verkehrsfinanzierung!

Am 5. Juni stimmen wir über die Initiative „für eine faire Verkehrsfinanzierung“ (sog. Milchkuh-Initiative) ab. Diese verlangt, dass die Erträge aus der Benzinsteuern in Zukunft zielgerichtet für die Strasseninfrastruktur investiert werden.

Die Initiative wurde von einem überparteilichen Komitee mit Unterstützung von Wirtschaftsvertretern und -verbänden lanciert. Die Initianten wollen der zunehmenden Verkehrsüberlastung und den kilometerlangen Staus den Kampf ansagen. Namentlich in Städten und Agglomerationen verlieren die Strassenbenutzer oft viel Zeit. Das ist nicht nur ein Ärgernis und ein Sicherheitsrisiko für alle Verkehrsteilnehmer, sondern kostet die Volkswirtschaft rund 2 Mia. Franken jährlich.

Investitionen sind dringend nötig

Die Ursachen für die Überlastung der Strassen sind Engpässe, schlechter Unterhalt und mangelhafter Betrieb der Nationalstrassen. Investitionen in die Strasseninfrastruktur sind dringend nötig. Die Initiative stellt die



Automobilisten, Motorradfahrer, Lastwagenfahrer und andere Strassenbenutzer werden zunehmend zur Milchkuh der Nation: Sie zahlen immer mehr Steuern, Abgaben und Gebühren – und stehen trotzdem im Stau.

«Politiker behaupten, das benötigte Geld für Strassenprojekte fehle. Doch die Automobilisten, Motorrad- und Lastwagenfahrer bezahlen seit Jahrzehnten grosszügig in die Staatskasse ein.»

dafür notwendigen finanziellen Mittel sicher. So können Engpässe behoben und Umfahrungen gebaut werden.

Politiker behaupten, das benötigte Geld für Strassenprojekte fehle. Doch

die Automobilisten, Motorrad- und Lastwagenfahrer bezahlen seit Jahrzehnten grosszügig in die Staatskasse ein. Im Schnitt generiert der Bund jährlich über 9 Mia. Franken Steuern und Gebühren. Geht es nach dem Bundesrat, sollen es noch mehr werden: Mit einem neu zu gründenden Fonds zur Finanzierung der Nationalstrassen und des Agglomerationsverkehrs (NAF) soll die drohende Finanzierungslücke u.a. durch eine Erhöhung der Benzinsteuern gestopft werden.

Ja zu einer fairen Verkehrsfinanzierung

Diese Erhöhung des Benzinpreises ist nicht nötig, denn in Tat und Wahrheit ist

genug Geld vorhanden. Doch von den 9 Mia. Franken werden nur knapp 30 Prozent für Strassenaufgaben verwendet. Der Rest fliesst in die allgemeine Bundeskasse oder wird in den öffentlichen Verkehr investiert. Künftig sollen die Abgaben der Strassenbenutzer auch wirklich für die Strasse eingesetzt werden. Deshalb: Ja zu einer fairen Verkehrsfinanzierung!

von Nationalrat
Walter Wobmann,
Gretzenbach (SO)



Hätte BREXIT Auswirkungen auf das Verhältnis Schweiz – EU?

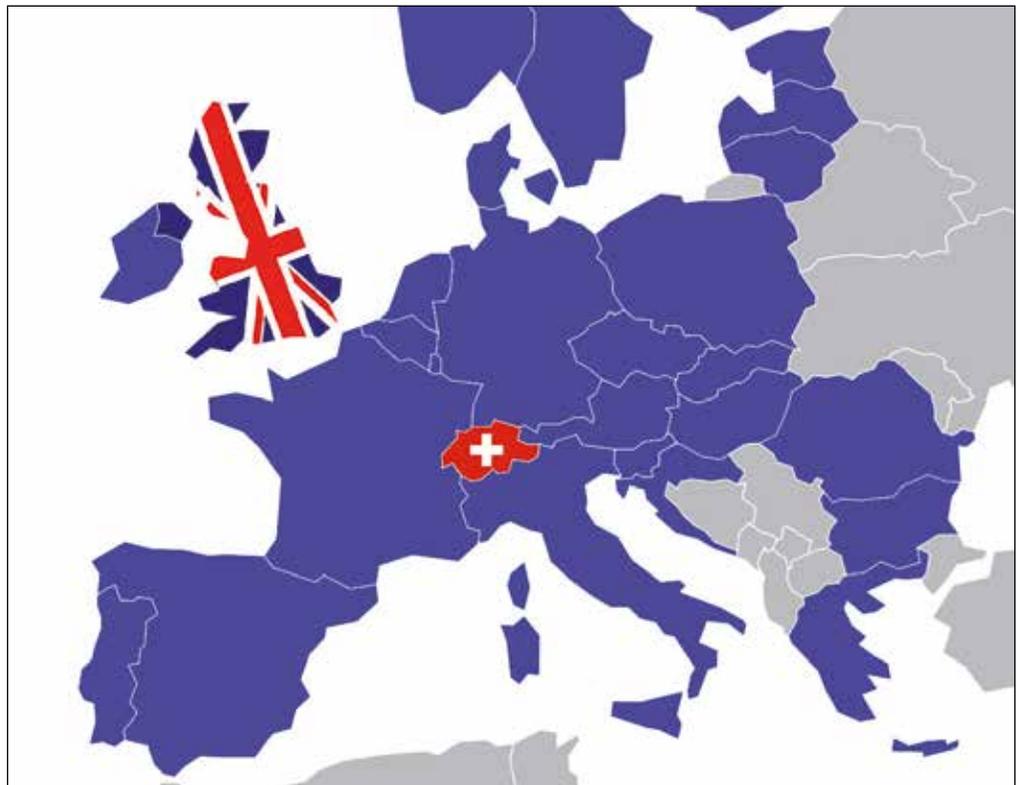
Über die Frage, ob ein Austritt Grossbritanniens aus der EU (Brexit) Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU hätte, kann man im Moment lediglich spekulieren. Ich vermute aber, dass der Ausgang der Volksabstimmung vom 23. Juni in Grossbritannien das getrübe Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU (EU-Kommission, EU-Parlamentsmehrheit) kaum nennenswert verändern wird.

Sicher ist aus heutiger Sicht nur, dass ein Austritt Grossbritanniens die EU in die schwerste Krise seit ihrer Gründung als Montanunion im Jahre 1957 stürzen würde. Die Weiterexistenz der EU in ihrer heutigen Form wäre mehr als gefährdet. Persönlich glaube ich allerdings nicht, dass es zum Brexit kommen wird. Denn das britische Stimmvolk dürfte nach einem heftig geführten Abstimmungskampf in seiner Mehrheit zur Erkenntnis kommen, dass die wirtschaftlichen Nachteile eines Brexit schwerer wiegen könnten als die staatspolitischen Vorteile.

«Der EU steht das Wasser am Hals. Das Wirtschaftsgefälle zwischen Nord und Süd, Verschuldungskrisen, Währungszerfall und das Chaos rund um den Flüchtlingsverteilungsschlüssel haben ihr bereits massiv zugesetzt.»

Für die Kleinen gelten andere Regeln

Doch wie dem aus heutiger Sicht auch sei, die EU ist von innen her so stark angeschlagen, dass sie sich zur Härte demonstration nach aussen notgedrungen gezwungen sieht. Dem mäch-



Die Briten werden am 23. Juni in einem Referendum darüber abstimmen, ob Grossbritannien weiter EU-Mitglied bleiben soll. Bis dann verhandelt die EU nicht mit der Schweiz.

tigen Grossbritannien gegenüber ist man halbwegs entgegengekommen, um es als EU-Mitglied nicht zu verlieren. Umso härter verhält man sich gegenüber „unbotmässigen“ kleineren Mitgliedern wie Ungarn oder Polen. Gar Nulltoleranz wird gegenüber dem Nicht-EU-Land Schweiz demonstriert. Personifiziert wird dieses Gebaren eindrücklich durch den sozialistischen EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz. Effekthascherisch präsentiert er sich, euphorisch die Fahne der „Wertegemeinschaft“ schwingend, stets in der ersten Reihe der EU-Mächtigen. Abgehoben reagiert er, wenn nationale

Interessen mal den „Einheitswerten“ vorangestellt werden. Ungarn warnte er eindringlich vor einer Verschärfung der Grenzkontrollen. Dabei gebietet das Schengen-Abkommen nichts anderes als das. Der neuen polnischen Rechtsregierung unterstellte er gar „staatsstreichartiges“ Handeln. Und einen griechischen EU-Abgeordneten liess er wegen anti-türkischen Äusserungen eigenmächtig aus dem Ratssaal werfen.

Konstruktive Lösungen anstelle von Konfrontation

Dem unbequemen, aber umso erfolgreicherem Kleinstaat Schweiz

im geographischen Herzen der EU werden keine Konzessionen gemacht, Brexit-Abstimmung hin oder her. Vielmehr droht man ihr weiter mit der Guillotine, der Aufkündigung der Bilateralen I, wenn sie an der Personenfreizügigkeit rüttelt. Dabei bringen die 7 Abkommen der

wäre, mit der Schweiz einen *modus vivendi* zu finden anstatt weiter auf Konfrontationskurs zu bleiben? Nein, sagt die Brüsseler Nomenklatura. Offen bleibt aber die Frage, ob auch unsere Nachbarländer, die aus den Bilateralen I den grössten Nutzen ziehen, auf einem starren Nein verharren werden.

«Ob es da nicht gescheiter wäre, mit der Schweiz einen *modus vivendi* zu finden anstatt weiter auf Konfrontationskurs zu bleiben? Nein, sagt die Brüsseler Nomenklatura.»

EU mehr Vorteile als der Schweiz. Der EU steht das Wasser am Hals. Das Wirtschaftsgefälle zwischen Nord und Süd, Verschuldungskrisen, Währungszerfall und das Chaos rund um den Flüchtlingsverteilungsschlüssel haben ihr bereits massiv zugesetzt. Ob es da nicht gescheiter

Nach dem 9. Februar 2017 werden wir es wissen. Dann wird die Schweiz das von Volk und Ständen verlangte neue Zuwanderungskonzept umgesetzt haben müssen. Ich wette, die EU-Guillotine wird in der Verankerung bleiben. Die Wette gilt!



von Nationalrat Maximilian Reimann, seit 1996 Mitglied der Aussenpolitischen Kommission, Gipf-Oberfrick (AG)



BREXIT: WORUM ES GEHT?

Die Briten werden am 23. Juni in einem Referendum darüber abstimmen, ob Grossbritannien weiter EU-Mitglied bleiben soll. Um einen Austritt zu verhindern, versprochen die EU-Partner Grossbritannien ein Mitspracherecht bei für London relevanten Entscheidungen der Eurozone. Grossbritannien wurde ausserdem das Recht eingeräumt, neu zugezogenen EU-Ausländern bis zu vier Jahre lang Sozialleistungen zu verwehren. In der Schweiz gibt es für EU-Ausländer keine Karenzfristen für den Bezug von Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen.

SVP bi de Lüt

Besuchen Sie einen Sessionsanlass und treffen Sie unsere Bundesparlamentarier persönlich:



Kanton Aargau



Nationalrat Burgherr Thomas
21. März, 19.30 Uhr
Restaurant Schützen, Aarau



Nationalrätin Flückiger Sylvia
18. März, 19.30 Uhr
Café Caprice, Dorfstrasse, Schöftland



Nationalrat Giezendanner Ulrich
19. März, 11.00 Uhr
Rest. Tägerhard, Wettingen



Nationalrat Glarner Andreas
19. März, 11.00 Uhr
Rest. Tägerhard, Wettingen



Nationalrat Knecht Hansjörg
19. März, 11.00 Uhr
Rest. Tägerhard, Wettingen



Nationalrat Stamm Luzi
19. März, 11.00 Uhr
Rest. Tägerhard, Wettingen

21. März, 19.30 Uhr
Restaurant Schützen, Aarau



Nationalrat Reimann Maximilian
18. März, 20.00 Uhr
Hotel Schiff, Möhlin



Kanton Bern



Nationalrat Aebi Andreas
11. April, 20.00 Uhr
Restaurant Schwanen, Alchenstorf



Nationalrat Amstutz Adrian
23. März, 20.00 Uhr
Mehrzweckhalle Höfen, Stocken-Höfen



Nationalrat Bühler Manfred
1. April, 20.00 Uhr
Restaurant du Midi, Reconvilier



Nationalrätin Geissbühler Andrea
Kein Anlass



Nationalrat Hess Erich
18. März, 20.00 Uhr
Rest. Bären, Solothurnstrasse 21, Lengnau



Nationalrätin Pieren Nadja
21. März, 19.30 Uhr
Gasthof zum Brunnen, Fraubrunnen



Nationalrat Röstli Albert
18. März, 20.00 Uhr
Hotel Schiff, Möhlin (AG)

23. März, 20.00 Uhr
Mehrzweckhalle Höfen, Stocken-Höfen



Nationalrat Salzmann Werner
21. März, 19.30 Uhr
Gasthof zum Brunnen, Fraubrunnen



Nationalrat von Siebenthal Erich
30. März, 20.15 Uhr
Restaurant Bären, Gsteig



Kanton Basel-Landschaft



Nationalrat de Courten Thomas
15. März, 19.30 Uhr
Rest. Sonne, Unterdorfstrasse 15, Röschenz



Nationalrätin Sollberger Sandra
15. März, 19.30 Uhr
Rest. Sonne, Unterdorfstrasse 15, Röschenz



Kanton Basel-Stadt



Nationalrat Frehner Sebastian
Kein Anlass



Kanton Appenzel Aus.



Nationalrat Zuberbühler David
19. April, 20.00 Uhr
Restaurant Kantonsgrenze, Herisau/Degersheim



Kanton Freiburg



Nationalrat Rime Jean-François
Kein Anlass



Nationalrat Page Pierre-André
Kein Anlass



Kanton Genéve



Nationalrätin Amaudruz Céline
Kein Anlass



Nationalrat Nidegger Yves
Kein Anlass



Kanton Glarus



Ständerat Hösli Werner
Kein Anlass



Kanton Graubünden



Nationalrat Brand Heinz
5. April, 20.00 Uhr
Restaurant Brauerei, Flims-Waldhaus



Nationalrätin Martullo-Blocher Magdalena
19. März, 10.00 Uhr
Jägerschafts-Beizli, Neudorfstrasse, Thusis

14. April, 20.00 Uhr
Hotel Grischa, Talstrasse 3, Davos-Platz



Kanton Luzern



Nationalrätin Estermann Yvette
31. März, 20.00 Uhr
Restaurant «Obernau» in Kriens-Obernau



Nationalrat Müri Felix
13. April, 20.00 Uhr
Restaurant Sonne, Emmen



Nationalrat Grüter Franz
13. April, 20.00 Uhr
Restaurant Sonne, Emmen



Kanton Neuchâtel



Nationalrat Clottu Raymond
Kein Anlass



Kanton Nidwalden



Nationalrat Keller Peter
19. März, 09.30 Uhr
Restaurant Rosenberg «Höfli», Stans



Kanton St. Gallen



Nationalrat Brunner Toni
30. März, 19.30 Uhr
Landhaus zum Lerchenhof,
Mehlsecken-Reiden (LU)

14. April, 19.30 Uhr
Sport- und Freizeitcenter Tellimatt,
Tellimattstrasse 15, Aesch (LU)



Nationalrat Büchel Roland Rino
13. April, 20.00 Uhr
Restaurant Rössli, Diepoldsau



Nationalrat Müller Thomas
23. März, 20.00 Uhr
Seerestaurant, Rohrschach



Nationalrätin Keller-Inhelder Barbara
20. April, 20.00 Uhr
Restaurant Seehof, Schmerikon



Nationalrat Reimann Lukas
30. März, 20.00 Uhr
Pfarreiheim, Zuzwil
(Esther Friedli steht Rede und Antwort)

19. April, 20.00 Uhr
Rest. Kantonsgrenze, Herisau/Degersheim



Kanton Schwyz



Nationalrat Dettling Marcel
1. April, 20.00 Uhr
Restaurant Frohsinn, Reichenburg



Nationalrat Schwander Pirmin
1. April, 20.00 Uhr
Restaurant Frohsinn, Reichenburg



Ständerat Föhn Peter
1. April, 20.00 Uhr
Restaurant Frohsinn, Reichenburg



Ständerat Kuprecht Alex
Kein Anlass



Kanton Schaffhausen



Nationalrat Hurter Thomas
Kein Anlass



Ständerat Germann Hannes
Kein Anlass



Kanton Solothurn



Nationalrat Imark Christian
18. März, 19.30 Uhr
Restaurant «Drei Eidgenossen», Britten



Nationalrat Wobmann Walter
18. März, 19.30 Uhr
Restaurant «Drei Eidgenossen», Britten



Kanton Tessin



Nationalrat Chiesa Marco
Kein Anlass



Kanton Thurgau



Ständerat Eberle Roland
Kein Anlass



Nationalrat Hausammann Markus
18. März, 13.00 - 17.30 Uhr
Frühjahrsmesse, Frauenfeld, Stand 217



Nationalrätin Herzog Verena
19. März, 15.00 - 18.00 Uhr
Frühjahrsmesse, Frauenfeld, Stand 217



Nationalrat Walter Hansjörg
20. März, 15.00 - 18.00 Uhr
Frühjahrsmesse, Frauenfeld, Stand 217



Kanton Uri



Nationalrat Arnold Beat
24. März, 19.00 Uhr
Restaurant Mühle, Schattdorf



Kanton Waadt



Nationalrat Buffat Michaël
5. April, 20.00 Uhr
Cafétéria Salle de gym,
Rte de Lausanne 40, Oron-la-Ville



Nationalrat Nicolet Jacques
5. April, 20.00 Uhr
Cafétéria Salle de gym,
Rte de Lausanne 40, Oron-la-Ville



Nationalrat Grin Jean-Pierre
5. April, 20.00 Uhr
Cafétéria Salle de gym,
Rte de Lausanne 40, Oron-la-Ville



Nationalrätin Glauser Alice
5. April, 20.00 Uhr
Cafétéria Salle de gym,
Rte de Lausanne 40, Oron-la-Ville



Kanton Wallis



Nationalrat Addor Jean-Luc
Kein Anlass



Nationalrat Ruppen Franz
14. April, 19.30 Uhr
«Politforum» in Stalden



Kanton Zug



Nationalrat Aeschi Thomas
22. März, 19.30 Uhr
SeminarHotel, Seestrasse 10, Unterägeri



Nationalrat Stahl Jürg
20. April, 20.00 Uhr
Sportzentrum Schluefweg, Kloten



Nationalrat Tuena Mauro
31. März 19.30 Uhr
Restaurant Blue Monkey,
Stüssihofstatt 3, Zürich



Nationalrat Heer Alfred
31. März 19.30 Uhr
Restaurant Blue Monkey,
Stüssihofstatt 3, Zürich

28. April
Bezirk Dielsdorf



Kanton Zürich



Nationalrat Köppel Roger
30. März 20.00 Uhr
Restaurant Hirschen, Hinwil
11. April, 20.00 Uhr
ref. Kirchgemeindehaus, Langnau am Albis



Nationalrätin Steinemann Barbara
25. Mai 19.30 Uhr
Moosmatt Schulhaus, im Moos 24, Urdorf



Nationalrat Zanetti Claudio
31. März 19.30 Uhr
Restaurant Blue Monkey,
Stüssihofstatt 3, Zürich



Nationalrätin Rickli Natalie
8. April, 18.15 Uhr
Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 357
(Albisriederplatz), Zürich



Nationalrat Vogt Hans-Ueli
9. April, 10.00 Uhr
SVP Bauernzmorgen,
Bauernhof Schlattgut, Herrliberg



Nationalrat Walliser Bruno
19. März, 10.00 Uhr
Gasthof «Höfli» Otelfingen



Nationalrat Egloff Hans
19. März, 11.00 Uhr
Mehrzweckraum, Alterszentrum am Bach,
Bachstrasse 1, Birmensdorf



Nationalrat Matter Thomas
12. April, 19.00 Uhr
Gewerbeverein Gelterkinden,
Firma Ruepp AG, Ormalingen (BL)



Nationalrat Rutz Gregor
8. April, 18.15 Uhr
Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 357
(Albisriederplatz), Zürich

4x4

DESIGN. POWER. QUALITÄT.

DER NEUE OUTLANDER

4x4
BONUS

CHF 800.-

80 years
4x4 anniversary

Abb.: DID Diamond

Das ausdrucksstarke Design verkörpert die neue Mitsubishi

Design-Sprache: dynamische Front mit LED-Scheinwerfern, sportliches SUV-Profil, elegantes Heck, breite LED-Leuchten. Mehr als 100 Verbesserungen in den Bereichen Sicherheit, Technik, Komfort und Ausstattung, dazu das geniale Super-All-Wheel-Control-4x4-System (exklusiv im Top-Modell DID Diamond). Geblieben sind der geräumige Innenraum mit bis zu 7 Sitzen und die Top-Ausstattung mit dem Safety-Assistenzsystem.

2WD Pure schon für **CHF 24'649.-**, 4x4 DID Value CHF 32'199.-*,
4x4 Plug-in-Hybrid Value CHF 39'199.-



Neu auch als Plug-in-Hybrid



Genial bis ins Detail.

www.mitsubishi-motors.ch



*Unverbindliche Nettopreise inkl. MWST und Bonus (2WD Pure: CHF 350.-, 4x4 Value: CHF 2'800.-, 4x4 Plug-in-Hybrid Value: CHF 800.-), gültig bei Vertragsabschluss und Immatrikulation bis 30.4.2016.
Normverbrauch gesamt l/100 km (Benzin-Äquivalent)/CO₂-Emissionen g/km/Energieeffizienz-Kategorie: 2.0 Benzin 6.7/155/F; 2.2 DID 5.3 (5.9)/139/D. CO₂-Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 139 g/km.